

VDP SACHSEN-ANHALT

TRANSPARENT

JAHRESRÜCKBLICK
2013/14



VDP 

VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.

BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt

VORWORT

Mit der Broschüre „VDP Sachsen-Anhalt Transparent 2013/14“ soll der breiten Öffentlichkeit erstmalig (und künftig jährlich) ein Einblick in die wichtigsten Aktivitäten des VDP Sachsen-Anhalt während des abgelaufenen Schuljahres vermittelt werden. Gleichzeitig findet der interessierte Leser in dieser Broschüre verschiedene statistische Übersichten zur Entwicklung der freien Schulen bzw. der privaten Erwachsenenbildungsdienstleister in unserem Bundesland sowie zahlreiche Hintergrundinformationen zu den Positionen des VDP Sachsen-Anhalt.

Der Verband Deutscher Privatschulen (VDP) Sachsen-Anhalt e.V. vertritt als politisch neutraler und konfessionell ungebundener Berufsverband aktiv und nachhaltig die Interessen der allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft sowie der privaten Erwachsenenbildungsdienstleister im Land Sachsen-Anhalt. Ihm gehören über 160 Mitgliedseinrichtungen an (Stand: 01.08.2014).

Der VDP Sachsen-Anhalt ist in vielen wichtigen Landesgremien vertreten (z.B. im Landesschulbeirat, im ESF/EFRE-Begleitausschuss oder in der Arbeitsgruppe „Gemeinsamer Unterricht“) und arbeitet eng u.a.

mit den Vertretern des Bundes- und Landtages, mit den für Bildungsfragen zuständigen Behörden, mit Arbeitsagenturen, Jobcentern, Kammern und mit vielen anderen Organisationen zusammen.

Entsprechend seines Mottos „Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt“ setzt sich der VDP Sachsen-Anhalt für faire Wettbewerbsbedingungen ein, die es ermöglichen, dass staatliche sowie freie Schul- und Erwachsenenbildungsträger im Land Sachsen-Anhalt vielfältige und qualitativ hochwertige Bildungsangebote vorhalten können, die allen Personen unabhängig von sozialer Herkunft, Alter, Behinderung oder Geschlecht zugänglich sein sollten.

Seinen Mitgliedern bietet der VDP Sachsen-Anhalt regelmäßige Informationen über aktuelle Gesetzesvorhaben, gerichtliche Entscheidungen und relevante Förderprogramme. Neben Parlamentarischen Abenden und jährlich stattfindenden Fachtagungen (Frühjahr) sowie Mitgliederversammlungen (Herbst) führt der Verband kontinuierlich zu interessanten bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Themen Workshops, Seminare, Podiumsdiskussionen und Umfragen durch.



Beging im Frühjahr 2014 seinen 100. Geburtstag: VDP-Mitglied Landschulheim Grovesmühle am Fuße des Brockens (Foto: Landschulheim Grovesmühle)

AUGUST 2013

- **19.08.:** Treffen mit **MdB Dieter Stier** (CDU) im Abgeordnetenbüro Berlin: Gespräch über die Wahlprüfbausteine des VDP Sachsen-Anhalt zur Bundestagswahl 2013
- **ab 26.08.:** Erarbeitung einer Stellungnahme bzw. eines Rechtsgutachtens zur Pressemitteilung der Landesregierung von Baden-Württemberg „Umschulung zum Erzieher und Altenpfleger erleichtern“: VDP Sachsen-Anhalt hält die Pläne mehrerer Bundesländer, staatliche berufsbildende Schulen im Bereich der Arbeitsfördermaßnahmen nach dem SGB III (Aktivierung, Betreuung, Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen) tätig werden zu lassen, für gesetzeswidrig; Übersendung der Stellungnahme an Kultusminister Stephan Dorgerloh.

HINTERGRUNDINFORMATION:

Träger, die Maßnahmen der Arbeitsförderung durchführen wollen, bedürfen der Zulassung durch eine sog. Fachkundige Stelle. Um diese (kostenpflichtige) Zulassung zu erlangen, müssen sie eine Reihe von Qualitätsmerkmalen erfüllen (s. § 178 SGB III). Auch die jeweiligen Maßnahmen selbst müssen vorab zugelassen werden (§§ 179 f. SGB III).

Verschiedene Bundesländer – u.a. auch Sachsen-Anhalt – bemühen sich schon seit längerer Zeit um ein vereinfachtes Zulassungs (Zertifizierungs-)verfahren, durch das über die Träger-Zertifizierung einer Landesbehörde (z.B. des Landesschulamtes) automatisch auch zahlreiche staatliche

berufsbildende Schulen mit zugelassen werden sollen.

Die Landesbehörden sind aber zumindest in den Flächenbundesländern nicht die Träger der staatlichen Schulen, dies sind vielmehr in aller Regel die Landkreise und Kommunen. Außerdem erfüllt nach Auffassung des VDP Sachsen-Anhalt das hiesige Landesschulamt nicht sämtliche Zulassungsvoraussetzungen des § 178 SGB III. Dadurch drohen erhebliche Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der privaten Arbeitsmarktdienstleister, zumal sich die Anzahl der zu qualifizierenden Arbeitslosen seit Jahren eher rückläufig gestaltet.

**ARBEITS-
FÖRDERUNG:**
Die Zulassung von
Trägern und Maß-
nahmen ist in den
§§176 ff. SGB III
geregelt.



SEPTEMBER 2013

- **04.09.:** Teilnahme an Veranstaltung mit Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle in Magdeburg; Gespräch mit **Staatsministerin Cornelia Pieper (MdB, FDP)** über bildungs- und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen in Sachsen-Anhalt
- **06.09.:** Auswertung und Veröffentlichung der Antworten von 22 Bundestagskandidaten auf die **Wahlprüfbausteine des VDP Sachsen-Anhalt**; die Wahlprüfbausteine beinhalteten 15 Fragen zu schulischen und arbeitsmarktpolitischen Themen; 13 der 22 antwortenden Kandidaten zogen Ende September in den neuen Bundestag ein.
- **17.09.:** Durchführung des Seminars „Aktuelles Steuerrecht für gemeinnützige Bildungseinrichtungen“ mit **Dr. Michael Ernst-Pörksen** (C.O.X. Steuerberatungs- und Treuhandgesellschaft mbH) in Halle/Saale
- **23.09.:** Vortrag im Landesschulbeirat über die Entwicklung und die (gesetzlichen) Rahmenbedingungen der freien Schulen in Sachsen-Anhalt

HINTERGRUNDINFORMATION:

Prozentualer Anteil der Schüler/innen freier Schulen an den Gesamtschülerzahlen in den neuen Bundesländern im Schuljahr 2012/13

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN	
1. Mecklenburg-Vorpommern	10,0 %
2. Berlin	9,3 %
3. Brandenburg	9,3 %
4. Sachsen	9,0 %
5. Sachsen-Anhalt	7,7 %
6. Thüringen	7,6 %

BERUFSBILDENDE SCHULEN	
1. Sachsen	29,4 %
2. Thüringen	18,1 %
3. Brandenburg	15,1 %
4. Berlin	14,6 %
5. Sachsen-Anhalt	14,5 %
6. Mecklenburg-Vorpommern	11,3 %

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **27.09.:** Treffen mit **Jürgen Scharf (MdL, CDU)**: Gespräch über geplante Zertifizierung des Landesschulamtes als vermeintlicher Träger der staatlichen berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt

OKTOBER 2013

- 15.10.: Gespräch im Kultusministerium u.a. mit Referatsleiterin Karla Kube und Birgit Ruhland (Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit) über die künftige Gestaltung des Kompetenzfeststellungsverfahrens für Teilnehmer/innen an Umschulungsmaßnahmen zum Altenpfleger/zur Altenpflegerin
- 16.10.: Jahreshauptversammlung des VDP Sachsen-Anhalt in Halle/Saale: Schwerpunkt war hier die Wahl des neuen Vorstandes des VDP Sachsen-Anhalt. Der langjährige verdienstvolle Vorsitzende des Landesverbandes, Manfred Zimmer aus Stendal, stellte sich ebenso wie das bisherige Vorstandsmitglied Dr. Karin Köhli (Halle) nicht erneut zur Wahl. Zum Nachfolger von Manfred Zimmer wurde einstimmig Ingolf Fölsch (Wernigerode; hauptberuflich zuständig für die Oskar-Kämmer-Schulen in Sachsen-Anhalt) gewählt.

HIER IST DER GESAMTE NEUGEWÄHLTE LANDESVORSTAND:

Foto: VDP Sachsen-Anhalt



Von links nach rechts:

Ralf Lauenroth (AaTeuM Eisleben), Ingolf Fölsch (Oskar-Kämmer-Schulen Sachsen-Anhalt), Dr. Birgit Braune (MBA Naumburg), Steffen Kilian (Nestor Bildungsinstitut Magdeburg), Andy Zimmer (Bilinguale Grundschule + BBA "Altmark" Stendal) sowie Christward Buchholz (Freie Waldorfschulen Magdeburg + Thale)

ÜBRIGENS: Auf der Jahreshauptversammlung des VDP Sachsen-Anhalt fanden auch noch zwei interessante Fachvorträge statt – Dr. Thomas Kruppe (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) sprach zu dem Thema

„Wirksamkeit der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik“ und Dr. Petra Weiher (Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt) berichtete über die Entwicklung der Bildungsausgaben im Land Sachsen-Anhalt.

- 17.10.: Treffen mit **Dr. Gabriele Girke (Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt)**: Gespräch über geplante Zertifizierung des Landesschulamtes Sachsen-Anhalt als Träger von Arbeitsfördermaßnahmen
- 29.10.: Fachgruppensitzung des VDP-Dachverbandes zum Thema „Arbeitsmarktdienstleistungen“ in Berlin; Gastreferent war hier **Norbert Köngeter, Leiter des Einkaufs von Arbeitsmarktdienstleistungen in der Bundesagentur für Arbeit**; der VDP Sachsen-Anhalt wurde u.a. vertreten durch Ingolf Fölsch, Steffen Kilian und Jürgen Banse

NOVEMBER 2013

- 05.11.: Gesprächsrunde mit **Referatsleiterin Silvana Vieweg** und weiteren Mitarbeiter/innen des Referates 26 des Kultusministeriums (zuständig u.a. für Schulen in freier Trägerschaft); Vertreter des VDP Sachsen-Anhalt waren: Dr. Birgit Braune, Ingolf Fölsch, Christward Buchholz und Jürgen Banse

ZU DEN GESPRÄCHSTHEMEN GEHÖRTEN U.A.:

- Datenerhebungen durch Landesschulamt
- Genehmigung des Einsatzes von Lehrkräften an freien Schulen
- Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen
- Durchführung von Nichtschülerprüfungen
- Berücksichtigte Stundenpauschalen für freie Sekundarschulen
- Höhe des Sachkostenzuschusses für Schüler/innen im Gemeinsamen Unterricht

- 11.11.: Treffen mit **Dr. Gunnar Schellenberger (MdL, CDU), Vorsitzender des Bildungsausschusses des Landtages**: Gespräch über den nach Auffassung des VDP Sachsen-Anhalt unzureichenden Sachkostenzuschuss für Schüler/innen mit festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarfen, die den Gemeinsamen Unterricht an einer freien Schule in Sachsen-Anhalt besuchen
- 14.11.: Treffen mit **Landtagsvertreter/innen der Partei DIE LINKE (u.a. Sabine Dirlich, Matthias Höhn, Hendrik Lange)**: Diskussion über geplanten Einstieg der staatlichen berufsbildenden Schulen in die Arbeitsmarktförderung

- **15.11.:** Teilnahme an Sitzung des **Sächsischen Verfassungsgerichtshofes** in Leipzig: Dieser gab mit einem wegweisenden Urteil (Az.: Vf. 25-II-12) der Normenkontrollklage verschiedener Landtagsfraktionen gegen die vom Landtag beschlossenen Finanzhilfekürzungen im Bereich

der freien Schulen statt. Der VDP Sachsen-Anhalt erarbeitete aufgrund dieses Urteils eine Stellungnahme unter Berücksichtigung der schulgesetzlichen Regelungen in Sachsen-Anhalt und leitete diese u.a. an den Bildungsausschuss des Landtages weiter.

HINTERGRUNDINFORMATION:

Sämtliche vom sächsischen Landtag im Jahr 2010 mehrheitlich beschlossenen Kürzungen zu Lasten der freien Schulen sind laut Urteil des Verfassungsgerichtshofes (VGH) Sachsen verfassungswidrig. Dies kann nach Auffassung des VDP Sachsen-Anhalt auch nicht bei den schulgesetzlichen Regelungen in Sachsen-Anhalt dauerhaft unberücksichtigt bleiben, selbst wenn sich die Verfassungen der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt in verschiedenen Punkten unterscheiden.

Neu geregelt werden müsste im hiesigen Landesschulgesetz beispielsweise die regelmäßige Ermittlung des notwendigen Sachkostenzuschusses für Ersatzschulen nach objektiven Kriterien, die Vornahme eines finanziellen Ausgleichs für die finanzhilfefreie sog. „Wartefrist“ für Ersatzschulträger oder auch das Vorsehen eines Ausgleichs für Ersatzschulträger, wenn diese von sozial schwächer gestellten Schülern kein Schulgeld erheben können.

- **21./22.11.:** Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt nahmen zahlreich am **VDP-Bundeskongress** teil, der 2013 unter dem

Motto „Bildung braucht Freiheit – Freiheit braucht Bildung“ in Potsdam stattfand

Foto: VDP Sachsen-Anhalt



In guten Gesprächen auf dem VDP-Bundeskongress 2013 – von links nach rechts: Jan Schlimgen (damaliger Geschäftsführer VDP Baden-Württemberg), Michael Büchler (Ehrenpräsident des VDP-Dachverbandes) und Ingolf Fölsch (Vorsitzender VDP Sachsen-Anhalt)

DEZEMBER 2013

- 04.12.: Durchführung des Seminars „Das KiföG in Sachsen-Anhalt ab dem 01.08.13: Rechtliche Auswirkungen für Träger von Kindertageseinrichtungen“ mit **Dr. Dana Michele** und **André Perling** (Rechtsanwälte in der Anwaltskanzlei Hümmerich & Bischoff Halle/Saale)

Foto: IBLM e.V.



Über das Berufsorientierungsprogramm BRAFO erhalten in Sachsen-Anhalt Schüler/innen der Klassen 7 und 8 einen vertiefenden Einblick in ganz unterschiedliche Berufsfelder, hier bei der Interessengemeinschaft Bildung Leuna-Merseburg (IBLM e.V.).

Auch im Dezember 2013 führte der VDP Sachsen-Anhalt zahlreiche Gespräche mit Vertretern aus Politik und Verwaltung zum geplanten Einstieg der staatlichen berufsbildenden Schulen in die gewerblich ausgerichteten Arbeitsfördermaßnahmen des SGB III, beispielsweise am:

- 05.12.: Treffen mit **Prof. Claudia Dalbert** (MdL), Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion B'90/DIE GRÜNEN
- 06.12.: Austausch mit **Staatssekretärin Anja Naumann** sowie mit **Abteilungsleiter Wolfgang Beck** im Landesministerium für Arbeit und Soziales
- 15.12.: Treffen mit **Andreas Steppuhn** (MdL), arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

JANUAR 2014

- 08.01.: Teilnahme am traditionellen **Neujahrsempfang der Landesregierung** in der Magdeburger Staatskanzlei
- 17.01.: Gespräch mit **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff** anlässlich seines Besuches beim Freien Gymnasium Geiseltal in Mücheln; weitere Gesprächspartner waren **Dr. Verena Späthe (MdL, SPD)** sowie **Frank Bannert (Landrat des Saalekreises)**

**GYMNASIUM
GEISELTAL:**
**Ministerpräsident
Dr. Reiner Haseloff
lobte innovative
Arbeit der freien
Schulen**

Foto: VDP Sachsen-Anhalt



Nach der Besichtigung des Freien Gymnasiums Geiseltal überreichte Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff (links) kleine Gastgeschenke an Kirsten Hartung, Geschäftsführerin des freien Schulträgers

FEBRUAR 2014

- **06.02.:** Teilnahme an Veranstaltung der ostdeutschen Landtagsfraktionen von B'90/DIE GRÜNEN in Leipzig zu dem Thema „Keine Perspektiven für freie Schulen?“
- **10.02.:** Gespräch mit **Dagmar Zoschke (MdL)**, gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion **DIE LINKE**, in Bitterfeld-Wolfen u.a. über die Zukunft der Pflegeausbildung
- **13.02.:** Erarbeitung einer Stellungnahme zum Entwurf des Landesgesetzes über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen

HINTERGRUNDINFORMATION:

Auch die freien Schulen in Sachsen-Anhalt – insbesondere, wenn sie bilinguale Schulkonzepte aufweisen – setzen verstärkt auf den Einsatz von Lehrkräften, die ihren Abschluss im Ausland (ggf. auch außerhalb der EU) erworben haben. Der

VDP Sachsen-Anhalt setzte sich erfolgreich dafür ein, dass die im Landesgesetz vorgesehenen Erleichterungen der Anerkennung dieser Abschlüsse ausdrücklich auch bei den freien Schulen Anwendung finden.

- **18.02.:** Gespräch mit **Jürgen Scharf (MdL, CDU)** und **Dr. Dietrich Lührs (Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der christlich orientierten Schulen in freier Trägerschaft)** über die Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Sachsen vom 15.11.13
- **19.02.:** Gespräch mit **Vertretern des Landesschulamtes Sachsen-Anhalt** (u.a. mit Direktor Torsten Klieme) über die Genehmigungspraxis von Lehrkräften an freien Schulen; Vertreter des VDP Sachsen-Anhalt bei diesem Treffen waren Ingolf Fölsch und Jürgen Banse
- **24.02.:** Gespräch mit **MdB Jörg Hellmuth (CDU)** über arbeitsmarktpolitische Themen; an diesem Gespräch in Stendal nahm als Vorstandsvertreter auch Andy Zimmer teil



Ende Februar: Besuch der Freien Schule Anhalt, einer integrierten Gesamtschule in Köthen: Ferenc Makk, Geschäftsführer des Schulträgers, stellt das in der Schule neu eingerichtete Hauswirtschafts-Fachkabinett vor

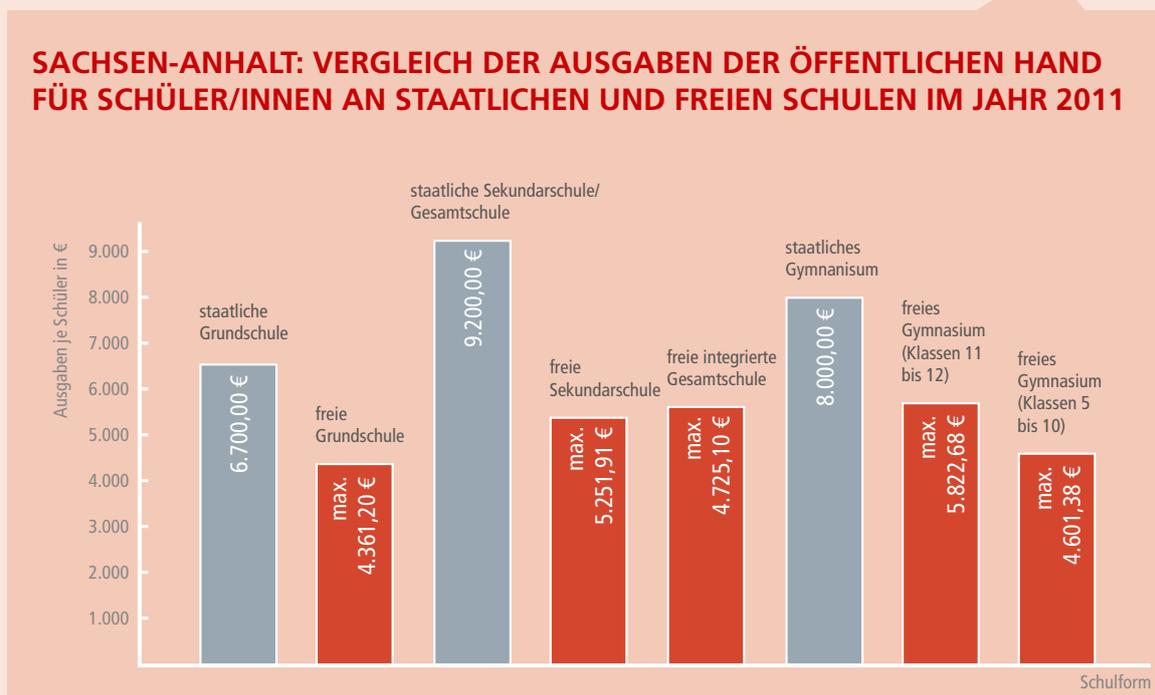
- 27.02.: Gespräch im Kultusministerium mit Staatssekretär Dr. Jan Hofmann und Abteilungsleiterin Dr. Christine Blaszcok über die geplante Zertifizierung des Landesschulamtes mit dem vom Ministerium verfolgten Ziel, den staatlichen berufsbildenden Schulen den Weg in die Durchführung von Arbeitsfördermaßnahmen zu ebnen; Vertreter des VDP Sachsen-Anhalt waren Ingolf Fölsch und Jürgen Banse

**Bis zur
Gewährung der
sog. Finanzhilfe
durch das Land müssen
Ersatzschulen in S-A
eine Wartefrist
von 3 Jahren
überstehen.**

- 13.03.: das Statistische Bundesamt veröffentlichte neue Untersuchung mit dem Titel „Bildungsausgaben: Ausgaben je Schüler/in 2011“; der VDP Sachsen-Anhalt stellte diesen veröffentlichten durchschnittlichen Schülerkosten für die staatlichen Schulen die im gleichen Jahr

maximal gewährten Finanzhilfesätze für Schüler/innen an staatlich anerkannten Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt gegenüber und musste erneut (im Vergleich zu den Vorjahren) ein **wachsendes Finanzierungs-Missverhältnis zu Lasten der freien Schulen** feststellen:

SACHSEN-ANHALT: VERGLEICH DER AUSGABEN DER ÖFFENTLICHEN HAND FÜR SCHÜLER/INNEN AN STAATLICHEN UND FREIEN SCHULEN IM JAHR 2011



(Quellen: Statistisches Bundesamt; Schulverwaltungsblatt Land Sachsen-Anhalt)

- 18.03.: Durchführung der VDP-Fachtagung „Erwachsenenbildung/Arbeitsmarktdienstleistungen“ in Halle/Saale: bei der gut besuchten Fachtagung berichteten **Wolfgang Beck (Landesministerium für Arbeit und Soziales)** über die arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkte des Landes in der neuen EU-Förderperiode und **Heike Schmied (Bereichsleiterin Jobcenter Halle)** über die geschäftspolitischen Vorhaben des Jobcenters Halle im Jahr 2014
- 21.03.: Erarbeitung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zur Antwort der Landesregierung auf eine **Parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Matthias Höhn (MdL, DIE LINKE)** „Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichtshofes Sachsen zu Schulen in freier Trägerschaft auf die Finanzierung der Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt“

- **26.03.:** Fertigstellung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zu einer weiteren Antwort der Landesregierung auf eine **Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion** zur geplanten „Durchführung von nach den SGB II/III geförderten Arbeitsmarktdienstleistungen durch staatliche berufsbildende Schulen in Sachsen-Anhalt“

HINTERGRUNDINFORMATION:

Beide Stellungnahmen des VDP Sachsen-Anhalt vom 21. bzw. 26.03.14 auf die o.g. Antworten der Landesregierung zu scheinbar völlig unterschiedlichen Themenkomplexen sind auf der Homepage des Verbandes unter www.vdp-sachsen-anhalt.de zu finden.

An einem Punkt widersprechen sich die genannten Antworten der Landesregierung vollständig: Einerseits führte die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Höhn aus, dass sie im Schülerkostenvergleichsbericht nach § 18g SchulG-LSA die Kosten der staatlichen berufsbildenden Schulen nicht darstellen könne, weil die von ihr erfassten Personalausgaben für die berufsbildenden Schulen nicht auf die einzelnen Bildungsgänge heruntergerechnet werden könnten. Andererseits führte sie in ihrer fast gleichzeitig veröffentlichten Antwort auf die Große Anfrage

der CDU-Landtagsfraktion aus, dass beabsichtigt sei, bei der Kalkulation der Maßnahmekosten der staatlichen berufsbildenden Schulen im Zusammenhang mit deren geplanten Aktivitäten im Bereich der geförderten Arbeitsmarktdienstleistungen „alle tatsächlich anfallenden Kosten pro Schüler“ (z.B. für Altenpflege-Umschulungen) zu berücksichtigen.

Aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt ist es auch mit Blick auf die Antwort der Landesregierung auf die genannte Antwort des Abgeordneten Höhn fraglich, ob die Landesregierung die tatsächlich pro Schüler/in anfallenden Personal-, Sach- und Baukosten überhaupt kennt und einzelnen beruflichen Fachrichtungen zuordnen kann, was für eine wettbewerbskonforme Kalkulation der Schülerkosten unbedingt notwendig wäre.

- **27.03.:** Treffen mit der **Bundestagsabgeordneten Waltraud Wolff (SPD ; Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales)** in der Geschäftsstelle des VDP Sachsen-Anhalt: Austausch über aktuelle arbeitsmarktpolitische Entwicklungen im Bund und in Sachsen-Anhalt

APRIL 2014

- **02.04.:** Gespräch mit den **Bundestagsabgeordneten Uda Heller und Tino Sorge** (beide CDU) in Berlin: Thema war vor allem die Zukunft der Pflegeausbildung

Foto: Büro MdB Heller



*Jürgen Banse
(Mitte) im
Gespräch mit
den Bundestags-
abgeordneten
Uda Heller und
Tino Sorge*

- **03.04.:** Teilnahme von Ingolf Fölsch und Jürgen Banse an Präsidiumssitzung des VDP-Dachverbandes in Berlin
- **08.04.:** Fachtagung „Ersatz- und Ergänzungsschulen“ des VDP Sachsen-Anhalt im Internationalen Gymnasium „Pierre Trudeau“ in Barleben; als Gastreferent sprach **Dr. Harald von Bose, Landesbeauftragter für den Datenschutz**, zu dem Thema „Datenschutz im Schulwesen“

Foto: VDP Sachsen-Anhalt



*Hier durften die
Mitglieder des
VDP Sachsen-
Anhalt zu Gast
sein: Internatio-
nales Gymnasium
„Pierre Trudeau“
in Trägerschaft
der ECOLE
Stiftung zur
Förderung
französisch-
deutscher
Schulbildung*

MAI 2014

- **06.05.:** Gespräch des VDP Sachsen-Anhalt mit Vertretern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) über die Rahmenbedingungen der freien Schulen in Sachsen-Anhalt
- **07.05.:** Treffen mit dem **Bundestagsabgeordneten Kees de Vries (CDU)** in Berlin
- **12.05.:** Gespräch mit **Dr. Gunnar Schellenberger (MdL, CDU, Vorsitzender des Bildungsausschusses des Landtages)** in der Oskar-Kämmer-Sekundarschule LebenLernen in Schönebeck über verschiedene Aspekte der Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt

Foto: VDP Sachsen-Anhalt



Landtagsabgeordneter Dr. Gunnar Schellenberger (rechts) besichtigte in seinem Wahlkreis die freie Sekundarschule LebenLernen

- **15.05.:** Durchführung des Seminars „Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen“ mit Frau **Rechtsanwältin Kirstin van de Sande (Kanzlei Heuking Kühn Luer Wojtek)**
- **28.05.:** Gesprächsrunde zwischen Mitarbeiter/innen des Referates 26 des Kultusministeriums und Vertretern des VDP Sachsen-Anhalt (Ingolf Fölsch, Christward Buchholz, Ralf Lauenroth, Jürgen Banse)

ZU DEN DISKUTierten SCHULRECHTLICHEN FRAGEN GEHÖRTEN U.A.:

- Unterrichtseinsatz von DDR-Diplomlehrern
- Genehmigungs- und Anzeigepflichten nach § 5 SchIF-VO
- Vollzeit- und Teilzeitausbildungsangebote jeweils als gesonderte Ersatzschulen genehmigungspflichtig?
- Auswirkungen des Gesetzes zum allgemeinen Mindestlohn auf Entwicklung der Sachkostenzuschüsse für Ersatzschulen
- Nachweis von „sonderpädagogischer Kompetenz“
- Auswirkungen der geplanten Generalisierung der Pflegeausbildung

JUNI 2014

- **11.06.:** Teilnahme an Konferenz „STARK III – Ein erfolgreiches Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen“ u.a. mit Finanzminister Jens Bullerjahn und Kultusstaatssekretär Dr. Jan Hofmann

HINTERGRUNDINFORMATION:

In § 18a Abs. 6 des Schulgesetzes LSA ist folgendes geregelt:

„Ersatzschulen sind an Investitionsförderprogrammen für öffentliche Schulen angemessen zu beteiligen.“

Der VDP Sachsen-Anhalt setzt sich deshalb für eine adäquate Berücksichtigung der freien allgemein- und berufsbildenden Schulen bei der Fortführung des Programms STARK III in der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 ein.

- **17.06.:** Durchführung eines **Parlamentarischen Abends des VDP Sachsen-Anhalt mit Repräsentanten der Partei DIE LINKE**

Foto: VDP Sachsen-Anhalt



Der Parlamentarische Abend des VDP Sachsen-Anhalt am 17.06. wurde von zahlreichen Repräsentanten der Partei DIE LINKE und des VDP-Landesverbandes besucht

BEIM PARLAMENTARISCHEN ABEND WURDEN U.A. FOLGENDE THEMEN DISKUTIERT:

- Vergleich der Ausgaben der öffentlichen Hand für Schüler/innen staatlicher und freier Schulen
- Höhe des Sachkostenzuschusses für Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt unter Berücksichtigung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes Sachsen vom 15.11.13
- Lehrkräftegewinnung/Verstärkung der Referendarsausbildung an freien Schulen
- Entwicklung/Nutzung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten in Sachsen-Anhalt
- geplanter Einstieg der staatlichen berufsbildenden Schulen in die Arbeitsfördermaßnahmen des SGB III
- Probleme bei Ausschreibungen von Arbeitsmarktdienstleistungen: immer stärkere Verlagerung von Ausschreibungsrisiken auf die Arbeitsmarktdienstleister

- **26.06.:** Erarbeitung der Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum **Entwurf des Schülerkostenvergleichsberichts der Landesregierung**

HINTERGRUNDINFORMATION:

In § 18g des Schulgesetzes LSA heißt es: „Dem Landtag ist einmal je Wahlperiode durch die Landesregierung ein Bericht vorzulegen, in dem – differenziert nach den einzelnen Schulformen – die im öffentlichen Schulwesen tatsächlich entstehenden Kosten den aufgrund der Regelungen dieses Gesetzes jeweils entsprechenden Finanzhilfebeiträgen für Schulen in freier Trägerschaft gegenüber gestellt sind.“

Der VDP Sachsen-Anhalt kritisierte in seiner o.g. Stellungnahme den Inhalt des Entwurfs des neuen Schülerkostenvergleichsberichts der Landesregierung, weil dieser – wie der Bericht selbst einräumt – „die im öffentlichen Schulwesen tatsächlich ent-

standenen Kosten“ nicht vollständig darstellt, weil ihm überhaupt keine Angaben zu den Kosten der berufsbildenden Schulen zu entnehmen sind und weil er die ohnehin nur teilweise ermittelten Kosten der allgemeinbildenden Schulen im staatlichen Bereich wegen angeblicher „Sonderbelastungen“ unzulässigerweise herunter rechnet, während er gleichzeitig die den Ersatzschulen nach der Wartefrist gewährten Finanzhilfen durch Einfügung sachfremder Faktoren künstlich erhöht.

Der VDP Sachsen-Anhalt fordert deshalb die Erstellung des gesetzlich vorgesehenen Schülerkostenvergleichsberichts durch einen externen, sachkundigen und objektiven Dritten.

- **27.06.:** Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an die Bundestagsabgeordneten des Landes mit der Bitte, die Bundesratsinitiative des Landes Thüringen abzulehnen, die eine Abschaffung der Zulassungs-

bzw. Zertifizierungspflicht der staatlichen berufsbildenden Schulen zum Ziel hat, wenn jene Arbeitsfördermaßnahmen des SGB III umsetzen wollen (s. hierzu auch Hintergrundinformation auf S. 3)

JULI 2014

- 03.07.: Treffen mit der **Bundestagsabgeordneten Steffi Lemke (B'90/DIE GRÜNEN)** in Berlin; Gesprächsthemen waren die Thüringer Bundesratsinitiative und die geplante Generalisierung der Pflegeausbildung
- 07.07.: Treffen mit der **Bundestagsabgeordneten Marina Kermer (SPD)** in Stendal; bei diesem Gespräch, an dem auch das VDP-Vorstandsmitglied Andy Zimmer teilnahm, standen die gleichen Themen im Vordergrund wie bei dem Meinungsaustausch mit Steffi Lemke vier Tage zuvor

Foto: Jacob Beuchel/Marina Kermer, MdB



MdB Marina Kermer im Gespräch mit Andy Zimmer (rechts) und Jürgen Banse in der Bilingualen Grundschule "Altmark"

- 09.07.: Gespräch mit **Klaus Olbricht (Präsident der IHK Magdeburg)** über die Bundesratsinitiative Thüringens und dem in Sachsen-Anhalt geplanten Einstieg der staatlichen berufsbildenden Schulen in Maßnahmen der Arbeitsförderung
- 11.07.: Fertigstellung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf der überarbeiteten Verordnung über berufsbildende Schulen (BbS-VO): die Kritik des VDP Sachsen-Anhalt an dem vorliegenden Entwurf richtete sich u.a. gegen das vorgesehene Auslaufen der Berufsfachschulen für Kosmetik und Medizinische Dokumentationsassistenten zum Schuljahr 2016/17; von diesen Plänen nahm das Kultusministerium inzwischen wieder Abstand

- **14.07.:** Erarbeitung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zur geplanten Generalisierung der Pflegeausbildung; fraglich ist beispielsweise, ob bei einer Zusammenlegung der Ausbildungsberufe Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu einem Beruf der schon jetzt bestehende erhebliche Mangel an examinierten Altenpfleger/innen nicht sogar noch weiter verschärft werden würde; zu klären sind darüber hinaus noch eine Reihe von schulrechtlichen und finanziellen Fragen.
- **24.07.:** Treffen mit dem **Bundestagsabgeordneten Burkhard Lischka (SPD)**: Bei diesem Gespräch ging es ebenfalls um die geplante Generalisierung der Altenpflege, um die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit und das Phänomen, dass im zunehmenden Maße einige Jobcenter versuchen, Arbeitsfördermaßnahmen (z.B. Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen) mit eigenem Personal selbst durchzuführen.



Foto: Bilinguale Grundschule „Altmark“

Im Juli 2014 feierte die Bilinguale Grundschule „Altmark“ ihr zehnjähriges Jubiläum: Die Geschäftsführer Manfred (links) und Andy Zimmer freuten sich gemeinsam mit den Schüler/innen der Grundschule über ein Präsent des Lehrerkollegiums

VDP 

VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.
BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt

Impressum:

Herausgeber:

Verband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.
Otto-von-Guericke-Straße 86a
39104 Magdeburg
Tel. 0391 – 7319160
VDP.LSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de

Redaktion (VDP Sachsen-Anhalt):

Jürgen Banse

Gestaltung und Umsetzung:

Jörg Kipping (VDP Sachsen-Anhalt)
Stefanie Frank, Uwe Rußmann
megalearn MEDIENGESTALTUNG
www.megalearn.de

Bildnachweis:

Titelseite: Bilinguale Grundschule
“Altmark“ in Stendal